

Montag, 20. Februar 2006
Föderalismusreform

Streitpunkte ausgeräumt

Auch die SPD-Fraktionsführung verlangt jetzt Nachbesserungen an dem von Spitzenvertretern von Bund und Ländern geschnürten Föderalismus-Paket. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber, wies Erklärungen von Kanzleramtschef Thomas de Maizière (CDU) gegen jegliche Änderungen scharf zurück. "Es ist eine Anmaßung eines Ministers, der nicht einmal Abgeordneter ist, den Abgeordneten vorschreiben zu wollen, was sie zu entscheiden haben", sagte Kelber am Montag in Berlin.

"Es sind noch zahlreiche Details zu ändern." Das betreffe zum Beispiel auch den Umweltschutz, betonte der SPD-Politiker. "Nach wie vor sind die Ergebnisse im Bereich Umwelt irreführend, inkonsequent und nicht akzeptabel." Fachleute hatten kürzlich im Umweltausschuss des Bundestages vor einer Verabschiedung der Föderalismus-Regelungen zum Umweltschutz gewarnt. Die Möglichkeit für Länder, fundamental von Bundesgesetzen abzuweichen, würde das Umweltrecht zersplittern, während die Vereinheitlichung notwendig wäre.

De Maizière hatte sich in Zeitungsinterviews gegen ein Aufschnüren des Föderalismuspakets gewandt. "Das Paket mit den jetzt getroffenen Vereinbarungen zur Föderalismusreform ist zu", hatte er der "Sächsischen Zeitung" (Samstag) gesagt. Das Gesamtpaket müsse zusammenbleiben. Die aktuelle Kritik aus den Koalitionsparteien bezieht sich aber weiterhin auch auf die Kompetenzverlagerung in den Bereichen Bildung und Beamtenbesoldung.

Adresse:

<http://www.n-tv.de/636312.html>